

Lübecks Weg in den Faschismus 1921-1933

1 Präfaschismus in Lübeck	2
2 Definition Präfaschismus - Inhalt und Methode	2
3 Gespaltene Gesellschaft - Arbeiter Bürger	3
4 Ideologie und Organisation des Bürgertums	4
5 Organisation des Völkischen Rassismus	5
6 Ev.-lutherische Kirche war mit von Partie	5
7 Das Netzwerk des Völkischen legt sich über die Staatsstruktur	6
8 Mord und Putsch als Mittel zur Destabilisierung der Republik	6
9 Der anhaltende Einfluss des spendablen Milliardärs Emil Possehl	7
10 Räterepublik in München: der „kurze Frühling“ Weimars	8
11 Die fünf Schwächen der Weimarer Verfassung	9
12 Die „Neue Zeit“ findet in Lübeck nicht statt	11
13 Julius Lebers Lagebericht 1921	12
14 Medienherrschaft analog	14
15 Die 17 Sprossen der Karriereleiter des Senatspräsidenten Dr. Johann Neumann	15
16 Julius Lebers Lagebericht 1924	17
17 War die Lübecker Republik rot oder schwarz?	18
18 Vom Lübecker Putschversuch zum Jahrhundertskandal und seinem schnellen Vergessen	19
19 Senatspräsident Dr. Neumann - die Spinne im völkischen Netzwerk	21
20 Am Anfang waren's vier - die faschistische Übernahme	23
21 Sie haben „Nein“ gesagt	24
Literatur	25

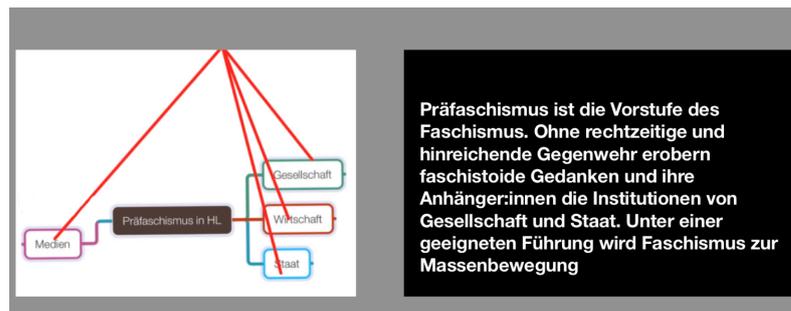
1 Präfaschismus in Lübeck



Es geht um Präfaschismus im Freistaat Lübeck in den 1920-er Jahren. Die Flaggenfrage war gesetzlich geregelt, aber die Machtfrage war nicht gelöst. Der Flaggenstreit „Schwarz-Weiß-Rot“ gegen „Schwarz-Rot-Gold“ zerriss die Republik von Anfang bis zum Ende. Im Folgenden wird der anschwellende Präfaschismus in 21 Stationen dargestellt, der Lübecker Weg in die faschistische Diktatur.

2 Definition Präfaschismus - Inhalt und Methode

Erzählt wird eine Alternative zum bisher bekannten Lübeckbild. Über Präfaschismus in Lübeck wissen wir wenig. Das gilt auch für Motive und Netzwerke der handelnden Personen. Präfaschismus ist die Vorstufe des Faschismus. Ohne rechtzeitige und hinreichende Gegenwehr erobern faschistoide Gedanken und ihre Anhänger:innen die Institutionen von Gesellschaft und Staat. Unter geeigneter Führung wird Faschismus zur Massenbewegung.



Demgegenüber benennt der zur Begründung für die damalige geistige Lage oft gebrauchte Begriff „*Konservative Revolution*“¹ eine bestimmte, durchaus heterogene - i.S. rechter und auch linker Orientierung - Gedankenwelt von Personen oder Personengruppen. Diese Ideenwelt kann handlungsrelevant werden, mündet aber nicht notwendig in Faschismus.

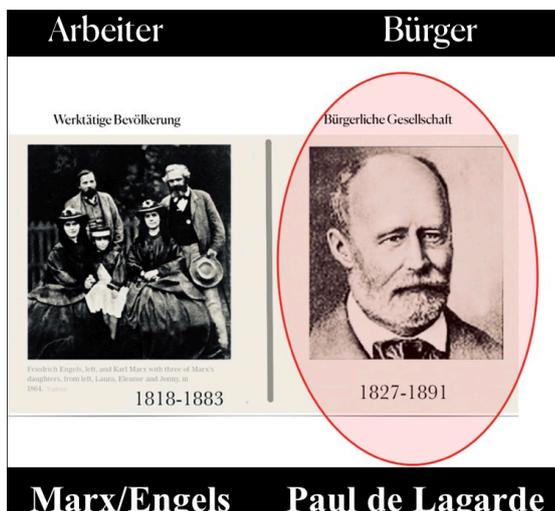
¹ https://de.m.wikipedia.org/wiki/Konservative_Revolution, abgefragt 12.3.2022; aus der Vielzahl der dazu verfassten Literatur sei hingewiesen auf Gross, Raphael, Carl Schmitt und die Juden. Eine deutsche Rechtslehre, Frankfurt a.M. 2000;

Präfaschismus: Dirk Stegmann: Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XII (1972), S. 351-432; Ders.: Vom Neokonservatismus zum Protofaschismus: Konservative Partei, Vereine und Verbände 1893-1920, in: Ders. u. a. (Hrsg.): Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer, Bonn 1983, S. 199-230.; Foroutan, https://m.tagesspiegel.de/politik/migrationsforscherin-naika-foroutan-ich-sehe-da-eine-emotionale-distanz/22830476-2.html?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com; Snyder, Timothy, <https://www.perlentaucher.de/9punkt/2021-01-11.html>

Möglicherweise entsteht bei der Durchsetzung von Ideen der *Konservativen Revolution* nämlich als Herrschaftsform eine Meritokratie, d.h. eine Elitenherrschaft, die nicht, wie im Falle des völkischen Faschismus, in Mord und Totschlag, national und international, Bürgerkrieg und Staatenkrieg mündet, sondern in Milliardenherrschaft.²

Es geht also bei diesem Versuch der Kennzeichnung einer Gebietskörperschaft als *präfaschistisch* um die Bekämpfung des Faschismus, die Aufklärung über seine Ursachen und Verursacher:innen und die Gegenwehr. Es geht um die frühzeitige Abwendung des Umsturzes in den Faschismus, so lange das noch möglich ist. D.h., so lange noch keine Massenbewegung organisiert ist. Deshalb kommt es für den Wortgebrauch *Präfaschismus* nicht darauf an, ob die Gefahrenlage sich bereits zu einer Massenbewegung entwickelt hat. Diesen Umschlag in die organisierte Massenbewegung gilt es gerade zu verhindern.

3 Gespaltene Gesellschaft - Arbeiter | Bürger



Kommunismus und Kapitalismus waren schon im 19. Jahrhundert, spätestens aber seit 1912 die beherrschenden Gegensätze. 1912 ist das Signaljahr, denn damals erkannte das Bürgertum kollektiv die Gefahr, die durch ein gleiches Wahlrecht drohte:

Die Sozialdemokraten werden in der Reichstagswahl mit rd. 35% stärkste Fraktion. Sie gewinnen rd. 6% hinzu. Die Bürgerlichen schließen sich zusammen. Unbegrenzter Reichtum stand unter dem Schutz jeder deutschen Verfassung. Aber die Furcht vor einer Veränderung der Besitzverhältnisse durch Revolution oder Sozialismus/Kommunismus stand 1912 auf der Tagesordnung.

Die Organisation dieser Ängste übernahm Justizrat Claß vom Alldeutschen Verband. Das intellektuelle Rüstzeug dazu lieferte der Theologe und Orientalist Paul de Lagarde. Lagarde glaubte an den Untergang des deutschen Volkes durch volksfremde Elemente, die es spalten: Juden, Sozialisten und Liberale. Diese galt es zu vernichten, wenn - wie bei Juden - eine Assimilation ausschied. Lagarde nutzte das damalige kulturpessimistische Reden vom Untergang und erfand die Auferstehung des Deutschen Volkes jenseits der Realität im und durch den Deutschen Gest: der völkische Glaube an die Einheit des Volkes in der Nation des Geistes. Das war für ihn der Fakt.³

Er hielt 1853 die beiden Reden „Konservativ?“ und „Über die gegenwärtigen Aufgaben der deutschen Politik“. Darin propagierte er die Einheit des Volkes als Grundlage der „deutschen Nation“, die

² <http://michaelbouteiller.de/milliardisierung-die-kaeufllichkeit-der-poiltik>

³ Lagarde, Deutsche Schriften, Göttingen 1878, <https://ia804505.us.archive.org/18/items/deutscheschrift01lagagoog/deutscheschrift01lagagoog.pdf>; dazu Alteri saeculo Paul Anton de Lagardes ‚Lebensarbeit‘ an der Septuaginta, Aus dem Buch *Die Göttinger Septuaginta*, Bernhard Neuschäfer <https://doi.org/10.1515/9783110285222.235>

Expansion des Reiches als Grundlage der Unbesiegbarkeit und die Vertreibung oder Vernichtung der Juden, dem Ungeziefer, das Zwietracht säht, als Voraussetzung für die Einheit des Volkes.

Fritz Stern schreibt dazu:

„Nur wenige Menschen haben Hitlers Vernichtungswerk so genau vorhergesagt - und so entschieden im voraus gebilligt“⁴

Diesen gedanklichen Dreh Lagardes haben Marx und Engels 1848 durchschaut. Folgendes schrieben sie über die deutschen Philosophen und Literaten im Manifest des kommunistischen Bundes:

„Die französische sozialistisch-kommunistische Literatur wurde ... förmlich entmannt. Und da sie in der Hand des Deutschen aufhörte, den Kampf einer Klasse gegen die andre auszudrücken, so war ...die "französische Einseitigkeit" überwunden, statt wahrer Bedürfnisse das Bedürfnis der Wahrheit und statt der Interessen des Proletariats die Interessen des menschlichen Wesens, des Menschen überhaupt ..., des Menschen, der keiner Klasse, der überhaupt nicht der Wirklichkeit, der nur dem Dunsthimmel der philosophischen Phantasie angehört“.⁵

4 Ideologie und Organisation des Bürgertums



Dieses Bild veranschaulicht den Einfluss von Inhalt und Methode des Ideologen Paul de Lagarde auf die dort abgebildeten Personen, darunter die Lübecker Thomas Mann und Johann Neumann. Der spätere Lübecker Nobelpreisträger rechnete Lagarde in den „Betrachtungen eines Unpolitischen“ (1918), neben Nietzsche und Wagner,⁶ seinen beiden anderen Vorbildern, zu den „Großen des deutschen Volkes“. Er bezeichnete ihn als „Praeceptor Germaniae“ (Lehrmeister Deutschlands).⁷ Richard Wagner warb um

Lagarde für seine Bayreuther Blätter, Lagarde lehnte ab. Sie standen sich aber gedanklich nahe, abzulesen etwa in Wagners Beitrag von 1878, „Was ist deutsch?“⁸

⁴ Stern, Fritz, Kulturpessimismus als politische Gefahr(1963), 2.Auflage, Stuttgart 2018

⁵ <https://marxwirklichstudieren.files.wordpress.com/2012/11/marx-engels-manifest.pdf>, S.486

⁶ Thomas Mann: „Ich bekenne mich tief überzeugt, daß das deutsche Volk die politische Demokratie niemals wird lieben können, aus dem einfachen Grunde, weil es die Politik selbst nicht lieben kann, und daß der vielverschrieene ‚Obrigkeitsstaat‘ die dem deutschen Volke angemessene, zukömmliche und von ihm im Grunde gewollte Staatsform ist und bleibt.“, Betrachtungen eine Unpolitischen, Frankfurt a.M. 1983, S.29 - wohl eine Adaption der Wagnerschen Ideologie, vgl. Hubert Kiesewetter, Von Richard Wagner zu Adolf Hitler.: Varianten einer rassistischen Ideologie, Zeitgeschichtliche Forschungen 47, Berlin 2015

⁷ Thomas Mann, Betrachtungen eines Unpolitischen, in der Textfassung der Großen kommentierten Frankfurter Ausgabe (GKFA) Thomas Mann, E-Books, S. 545

⁸ https://spinnet.humanities.uva.nl/images/2014-07/wagner-was-ist-deutsch-1865-1878-2_1.pdf

5 Organisation des Völkischen Rassismus

Das völkische Netzwerk des Alldeutschen Verbandes (AV) als straffe Organisation und seine Dominanz

1. Deutsche Vaterlandspartei
2. Hauptvermittlungsstelle der vaterländischen Vereine und Verbände
3. Deutschbund
4. Deutscher Kolonialverein
5. Verein für das Deutschtum im Ausland
6. Verein für das nördliche Schleswig
7. Deutscher Ostmarkenverein
8. Unabhängiger Ausschuss für einen Deutschen Frieden
9. Deutscher Wehrverein
10. Deutscher Flottenverein
11. Hamburgischer Verband gegen die Sozialdemokratie
12. Reichsverband gegen die Sozialdemokratie
13. Evangelischer Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen

Ev.-Lutherische Landeskirche
Gemeinnütziger Verein



1868-1953

Die Bandbreite der Themen, dem diese Verbände auf dem Bild folgen, spiegelt das „Vernichtungsschema“ Lagardes. 1901 waren es etwa 150.000 Mitglieder,⁹ die Elite des Bürgertums. Dieses Netzwerk legt sich über den Staat. Sie orientieren gegen Juden, Sozialisten, Liberale, werben für Expansion nach Osten und Westen, den „großen Krieg“ und den deutschen Glauben an geeignete Führer für eine deutsche Weltmacht: Auch der Lübecker Dichter Emmanuel Geibel war 1861 fasziniert: „Und es mag am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen.“

6 Ev.-lutherische Kirche war mit von Partie

Ev.-Lutherische Landeskirche – entjudet 1918 -1950 :
Der Evangelischer Bund zur Wahrung deutsch-protestantischen Interessen im AV

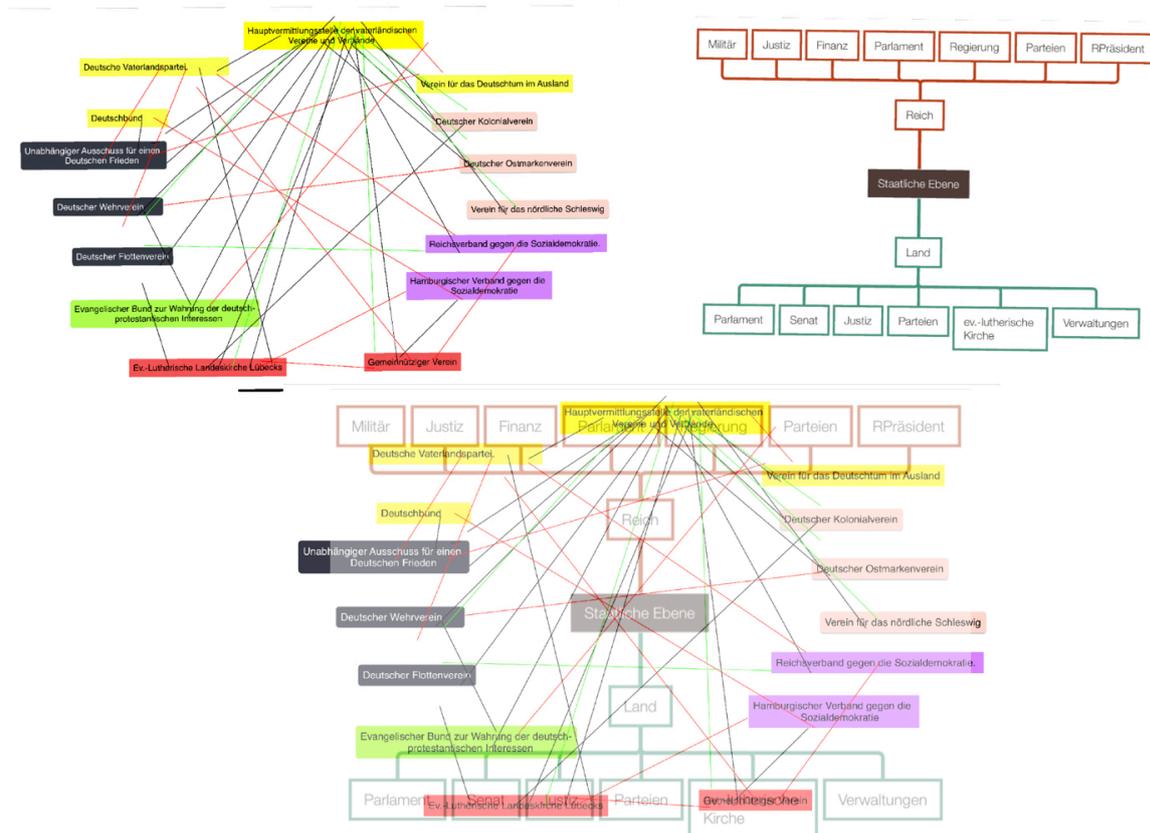


Auch Lübecks evangelische Kirche, in der 92% der Bevölkerung Mitglied war, war mit von Partie. Sie war seit 1888 Mitglied im Evangelischer Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen. Der Bund war im AV organisiert. Die Kirchenführung war mehrheitlich völkisch. Dass der evangelische Weg von Luther am 1. Juni 1934 bei dem NSDAP-Bischof Erwin Balzer (1901-1975) endete, der 1945 entlassen wurde und der 1955 die kirchlichen Weihen zurückerhielt, ist für sich genommen eine ungeheure Geschichte.¹⁰

⁹ Leicht, Johannes, Heinrich Claß 1868-1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn 2012, S.185

¹⁰ Buss, Hansjörg, „Entjudete“ Kirche: Die Lübecker Landeskirche zwischen christlichem Antijudaismus und völkischem Antisemitismus (1918-1950), Paderborn 2011; https://de.m.wikipedia.org/wiki/Erwin_Balzer, abgefragt 12.4.2022

7 Das Netzwerk des Völkischen legt sich über die Staatsstruktur



Das Netzwerk der völkischen bis eliminatorisch-rassistischen Verbände/Vereine legte sich zunehmend über die staatliche Struktur.

8 Mord und Putsch als Mittel zur Destabilisierung der Republik

Der AV destabilisierte mit Anstiftung zu politischem Mord und Putsch die Republik.

- 1920 Kapp-Putsch
- 1923 Hitler-Putsch
- 1926 Bürgermeister Dr. Johann Neumanns Putschversuch



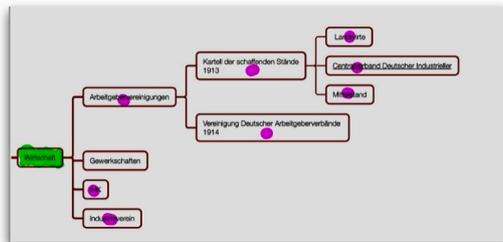
Die Strategie der Alldutschen zur Erreichung ihres Zieles der völkischen Diktatur, und der Bekämpfung der als „jüdisch-bolschewistisch“ verleumdete Republik war die Anstiftung zu Mord und Putsch. Drei Putschversuche in jeweils dreijährigem Abstand sollten die verhasste Republik destabilisieren. Wie wir wissen, lag die Republik schon von

Anfang an durch den verlorenen Krieg, Reparationen, Ruhrbesetzung und Börsenkrise am Boden.

Die Destabilisierung durch Mord und Putsch war erfolgreich. Denn schon der erste Putschversuch, der Kapp-Putsch 1920, ließ die Regierung nach Stuttgart fliehen. Das war ein verheerendes Zeichen. Es signalisierte: Auf die Reichswehr ist kein Verlass. Sie steht auf der Seite der Feinde der Republik. Nur der Generalstreik rettete die Republik.¹¹ In den dem Putsch folgenden Wahlen vom 6. Juni 1920 verlor die „Weimarer Koalition“ aus SPD, Zentrum und Demokraten die Mehrheit. Das blieb so auf die Dauer der Weimarer Republik. Die Republik hatte „ihre tödliche Wunde erhalten“, schrieb der Lübecker Arnold Brecht.¹²

Die Karikatur „Class‘ischer Unterricht“ passt dazu.: „Also, merkt euch: was das deutsche Volk am notwendigsten braucht, ist ein Putsch“, lehrt Justizrat Claß, als Esel dargestellt, seine Schüler.

9 Der anhaltende Einfluss des spendablen Milliardärs Emil Possehl



Der Lübecker Milliardär Emil Possehl war zu seiner Zeit der reichste und politisch dominante Lübecker Bürger - auch durch sein Wirken in Bürgerschaft (1891), Senat (seit 1901), in der Handelskammer und in den bekannten reichsweit tätigen deutsch-völkischen Vereinen und Verbänden. Seine politische Haltung war für die bürgerliche Elite auch nach 1921 von bleibendem Einfluss. Er war 1891 neben dem Präsidenten der Handelskammer Lübeck, Lange, Gründungsmitglied des AV. Mit von Partie waren auch Carl Peters, der später „Hänge-Peters“ genannte Kolonialpolitiker und Alfred Hugenberg, der spätere völkische Zeitungsmagnat. Der spätere Regierungschef Neumann war sein Zögling. Beide stifteten 1916 je 50.000 Mark für Ankauf und Aufbau der rassistischen Deutschen Zeitung, dem Propagandablatt des AV.¹³

Nachdem der Gesamtverband des AV 1911 in Lübeck getagt hatte, verfasste Possehl 1912 im Auftrag des AV eine Denkschrift an das Reichsamt des Inneren, in der ein wirtschaftlicher Generalstab zur

11 Weiß, Gerhard, Wie eine Republik gerettet wurde und ihren Rettern dankte, Köln 2021, S.108

12 Brecht, Arnold, Aus nächster Nähe, Lebenserinnerungen 1894-1927, Stuttgart 1966

13 Stegmann, Dirk, Die „Deutsche Zeitung“, 1917-1918, Präfaschistische Öffentlichkeit am Ende des Kaiserreichs, in: Kasseler Personalschriften Band 7, hrsg. von Dagmar Bussiek, Simona Göbel, Kultur, Politik und Öffentlichkeit, Festschrift für Jens Flemming, Kassel 2009, S.266-288

Sicherstellung der Versorgung des Deutschen Reiches im erwünschten und erwarteten „großen Krieg“ vorgeschlagen wurde. Der „große Krieg“ sollte dann alles weitere entscheiden. Der wirtschaftliche Generalstab war eine Vorwegnahme des „Militärisch-industriellen-Komplexes“, vor dem US-Präsident Eisenhower 1961 in seiner Abschiedsrede gewarnt hatte.¹⁴

Possehl und der spätere Senatspräsident Neumann waren auch Gründungsmitglieder des 1912 in Berlin auf Anstoß des AV gegründeten Deutschen Wehrvereins. Neumann der Protokollführer des Lübecker Wehrvereins.

Die Kriegsziele des Wehrvereins und des AV unterstützte Possehl nicht nur aus Profitinteresse. An Curtius schreibt er 1912, voll Unzufriedenheit mit dem strategischen Kleinmut der Reichsregierung und der bürokratischen Verzettelung in seinem Heimatstaat:

„Im übrigen bin ich so unzufrieden wie Du. Es scheint als wenn wir in Deutschland durch ein großes Blutbad gehen müssen, um wieder gesunde Verhältnisse und gesunde menschliche Anschauungen zu bekommen, wie sie die Folge der Erziehung des preußischen Volkes von 1807 - 1815 waren.“ - „Politisch sehe ich die Lage düster an. In England allgemeine Meinung (täglich an den großen englischen Börsen), Germaniam esse delendam¹⁵(Deutschland muss zerstört werden, MB)‘. Es wird terrible. Sei es nun jetzt oder in einigen Jahren, wir sind nicht in dem Verhältnis gerüstet wie anno 70 und wirtschaftlich nicht organisiert und deshalb nicht stark und das trifft das Leben unseres Volkes.“¹⁶

Possehl starb am 4. Februar 1919. Das außerordentliche „deutsch-völkische“ Wirken dieser Persönlichkeit, von der sich die Stiftung nicht hinreichend distanziert, lebt über die großzügigen Spenden der Stiftung ungebrochen bis heute.

10 Räterepublik in München: der „kurze Frühling“ Weimars

Der kurze Frühling der Republik: Räterepublik (8.11.1918 - 4.5.1919)
Die Revolution ist nicht die Demokratie. Sie schafft erst die Demokratie.“

Erich Mühsam
6. April 1878 - 10. Juli 1934

Ernst Toller
1. Dezember 1893 - 22. Mai 1939

Kurt Eisner
Min.Präsident
8.11.1918 - 21.2.1919

¹⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Militärisch-industrieller_Komplex, abgerufen 14.3.2022

¹⁵ s.dazu <https://www.geocities.ws/dikigoros2/germaniaesse.htm>

¹⁶ Curtius, Paul, Erinnerungen an Senator Emil Possehl, Mitteilungen des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, Heft 14, 1926, S.183-213, S.199

Zum Zeitpunkt von Possels Tod begann der kurze Frühling der Weimarer Republik. Er lässt sich am besten in München nachvollziehen. Am 8. November 1918 wurde der Freistaat ausgerufen und der Journalist des Vorwärts, Kurt Eisner - USPD, zum ersten Ministerpräsidenten Bayerns gewählt. Am 21.2.1919 hat ihn der 22jährige Graf Arco erschossen. Mit den Worten,

„Eisner ist Bolschewist, er ist Jude, er ist kein Deutscher, er fühlt nicht deutsch, untergräbt jedes vaterländische Denken und Fühlen, ist ein Landesverräter,“

rechtfertigte er sich.

Er stand mit dieser Rechtfertigung für die typische Haltung der völkischen bürgerlichen Elite. Die SPD-geführte Reichsregierung befahl die Vernichtung der Räterepublik. Sie endete deshalb am 4. Mai 1920. Dieser Befehl wiederum gab die typische Haltung der regierenden Mehrheits-Sozialdemokratie gegen die Linke wieder. Denn Ebert hasste die Revolution. Er setzte auf Reichswehr und Freikorps. Obgleich der Kapp-Putsch von März 1920 mit der Rettung der Republik allein durch den Generalstreik, d.h. durch die vielbeschworene Kraft der geschlossenen Arbeiterklasse, ihn hätte eines Besseren belehren müssen.¹⁷

Von Eisner bleibt der Satz,

„Die Revolution ist nicht die Demokratie. Sie schafft sie erst“

11 Die fünf Schwächen der Weimarer Verfassung

Der Frühling war vorbei und die Weimarer Republik damit schon fast tot. In Lübeck änderte sich denn auch nach der Revolution an den Machtverhältnissen fast nichts. Keine Spur von Frühling.

Rosa Luxemburg hatte Recht behalten. Sie kritisierte bereits 1901 auf dem Parteitag der Reichs-SPD in Lübeck mit scharfen Worten das „Geldsack-Parlament“ in den Hansestädten. Damals war sie offiziell noch Frau Lübeck. Ihre Scheinehe mit dem Schriftsetzer Gustav Lübeck wurde erst 1903 geschieden. Sie sagte:

Die WV vom 14. August 1919 hatte fünf schwerwiegende Schwachstellen:

1. Sämtliche Verfassungsrechte standen unter dem **Vorbehalt der Notverordnung** des Reichspräsidenten.
2. Der Reichspräsident war nach Art. 47 WV **Oberbefehlshaber** der Wehrmacht.
3. Kein Verfassungsartikel schützte vor der Einsetzung eines **Diktators als Reichskanzler**.
4. Es gab keine verfassungsrechtliche Grenze für die **Bestechung des Gesetzgebers**.
5. Es gab **keinen Verfassungsgerichtshof**, der (wie das Bundesverfassungsgericht (BVerfG)) die **verfassungsrechtliche Grundordnung der Weimarer Verfassung** abgesichert hätte.



¹⁷ <https://anarchistischebibliothek.org/library/ret-marut-im-freiesten-staate-der-welt.a4.pdf>

„Ihnen hier in der großtuenden Bourgeoisie, der berühmten Republik, gebrauche ich nicht viel darüber zu sagen, was wir heutigen Tages von dem Wert des bürgerlichen Parlamentarismus zu halten haben... - der allgewalten Bourgeoisie in dem Geldsack-Parlament der Republik von Lübeck und Hamburg ...In Lübeck erleben wir schon die Rückwärtsversion des Parlamentarismus...“¹⁸

Sie erklärte dann, 17 Jahre später, am 20. November 1918 für den Spartakusbund:¹⁹

„...Die Nationalversammlung ist ein überlebtes Erbstück bürgerliche Revolutionen, eine Hülse ohne Inhalt, ein Requisit aus den Zeiten kleinbürgerlicher Illusionen vom „einigen Volk“, von der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ des bürgerlichen Staates.

Wer heute zur Nationalversammlung greift, schraubt die Revolution bewusst oder unbewusst auf das historische Stadium bürgerlicher Revolutionen zurück; er ist ein verkappter Agent der Bourgeoisie oder ein unbewusster Ideologe des Kleinbürgertums.

Unter dem Feldgeschrei: Demokratie oder Diktatur! Wird der Kampf um die Nationalversammlung geführt. Auch diese Parole der gegenrevolutionären Demagogie übernehmen gehorsam sozialistische Führer, ohne zu merken, dass die Alternative eine demagogische Fälschung ist.

Nicht darum handelt es sich heute, ob Demokratie oder Diktatur. Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: bürgerliche Demokratie oder sozialistische Demokratie. Denn die Diktatur des Proletariats, das ist die Demokratie im sozialistischen Sinne. Diktatur des Proletariats, das sind nicht Bomben, Putsche, Krawalle, „Anarchie“, wie die Agenden des kapitalistischen Profits zielbewusst fälschen, sondern das ist der Gebrauch aller politischen Machtmittel zur Verwirklichung des Sozialismus, zur Expropriation der Kapitalistenklasse – im Sinne und durch den Willen der revolutionäre Mehrheit des Proletariats, also im Geiste sozialistische Demokratie.

Ohne den bewussten Willen und die bewusste Tat der Mehrheit des Proletariats kein Sozialismus. Um dieses Bewusstsein zu schärfen, diesen Willen zu Stärken, diese Tat zu organisieren, ist ein Klassenorgan nötig: das Reichsparlament der Proletarier in Stadt und Land. Die Einberufung einer solchen Arbeitervertretung anstelle der traditionellen Nationalversammlung der bürgerlichen Revolution ist an sich schon ein Akt des Klassenkampfes, ein Bruch mit der geschichtlichen Vergangenheit der bürgerlichen Gesellschaft, ein mächtiges Mittel zur Aufrüttelung der proletarischen Volksmassen, eine erste offene schroffe Kriegserklärung an den Kapitalismus.

Keine Ausflüchte, keine Zweideutigkeiten – die Würfel müssen fallen. Der parlamentarische Kretinismus war gestern eine Schwäche, ist heute eine Zweideutigkeit, wird morgen ein Verrat am Sozialismus sein.“

18 Luxemburg, Rosa, Gesammelte Werke Band 6, 1893-1906, Berlin 2014

19 Die Rote Fahne, 20.11.1918, Nr.5

So war es auch. Denn die Weimarer Verfassung enthielt zwar alle fortschrittlichen Wünsche und Hoffnungen an eine moderne demokratische Republik. Freiheitsgrundrechte, Soziale Grundrechte, Teilhaberechte, Organisationsrechte, Enteignungsrechte, das ganze Programm.

Die Wirklichkeit sah aber anders aus, denn die WV hatte fünf zu ihrem Missbrauch beitragende schwere Nachteile:

1. Sämtliche Verfassungsrechte standen unter dem Vorbehalt der Notverordnung des Reichspräsidenten. Sie waren mit einer einfachgesetzlichen Verordnung nach Art.48 WV aufhebbar. Diese Entscheidung war gerichtlich nicht zu überprüfen.
2. Der Reichspräsident war nach Art. 47 WV Oberbefehlshaber der Wehrmacht.
3. Kein Verfassungsartikel schützte vor der Einsetzung eines Diktators als Kanzler.
4. Es gab kein verfassungsrechtliches Verbot der Bestechung von Gesetzgeber oder Parteien. Kein Zwang zur Offenlegung der privaten Parteienfinanzierung.
5. Es gab keinen Verfassungsgerichtshof, der (wie das heutige Bundesverfassungsgericht - BVerfG) die verfassungsrechtliche Grundordnung der Weimarer Verfassung abgesichert hätte.

12 Die „Neue Zeit“ findet in Lübeck nicht statt



Auf der linken Seite des Bildes Emil Ferdinand Fehling, der völkische Retter des Patriziats. Rechts Johann Neumann, der Begründer der präfaschistischen Epoche Lübecks. Dazwischen die WV vom 14.August 1919.

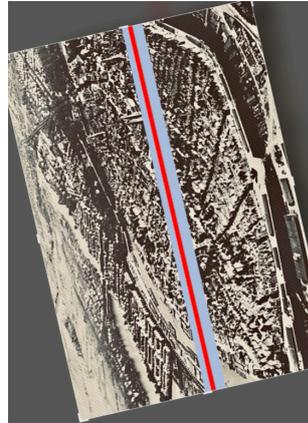
Bürgermeister Emil

Ferdinand Fehling trat in der Kriegszeit 1917 seinen Dienst an. Dank eines Schachzuges von ihm blieb die Lübecker Landesregierung als einzige der 18 Bundesländer nach der Revolution im Amt. Denn die Neufassung der Lübecker Verfassung wurde federführend in seine Hände gelegt und er beließ alles beim Alten.

Es gab keinen Bruch mit der patrizischen Verfassungstradition Lübecks, die auf das Jahr 1848 zurückgeht. Die vorrevolutionären Machtverhältnisse des Bürgertums und seiner Gefolgschaft bleiben unverändert. Kein neues Volk, kein neuer Senat, nur eine im Februar 1919 neu gewählten Bürgerschaft mit der SPD als stärkster Fraktion und absoluter Mehrheit von 42 Mandaten bis 1921. Die Lübecker Regierung nach 1919 war weder vom Volk direkt, noch von der Bürgerschaft als Organ insgesamt neu gewählt worden. Das Lübecker Patriziat herrschte vor und nach der Revolution.

13 Julius Lebers Lagebericht 1921

Der Sozialdemokrat Julius Leber war ab März 1921 Chefredakteur beim Lübecker Volksboten. Und er war von 1921 bis 1933 selbst Mitglied der Lübecker Bürgerschaft. 1920 hatte er sich noch in Hinterpommern, als Batterieführer gegen die putschenden Offiziere seines Regimentes gestellt, und war aus der Reichswehr entlassen worden.²⁰ Er hatte Belgard zum Schutz gegen die Kappisten besetzt. Aus Anlass der Eröffnung der Nordischen Woche am 1. September 1921 - also zu Beginn seiner Lübecker Zeit - erkannte er die tiefe Spaltung des Lübecker Volkes in Arbeiter einerseits und Bürger andererseits.



Julius Leber als Leutnant 1919

„Arbeiter | Bürger

Man versteht sich nicht mehr in Deutschland; das Volk ist gespalten, unüberbrückbar gespalten. Hier Arbeiter – hier Bürger. Nie kam das besser zum Ausdruck als gestern, an dem ersten Tag in der Nordischen Woche... Nordische Journalisten drückten gestern ihr Erstaunen aus, dass man sie zu Veranstaltungen mit rein wirtschaftlichen und kulturellen Absichten einlade und dass man ihnen dann eine gewaltige monarchistische Flaggenparade vor die Nase hänge. „Wollen die Deutschen uns vor Augen führen, dass sie trotz allem nichts gelernt haben?“

„Sie täuschen sich, meine Herren, mit der schwarz-weiß-roten Flagge spielen die meisten deutschen Spießbürger wie eigensinnige Kinder mit einem Spielzeug, an das sie sich gedankenlos gewöhnt haben. Sie wollen Ihnen wirklich nicht die alte deutsche Kaisermächtigkeit vorgaukeln, sie beileibe nicht an die Zeit erinnern, wo die gepanzerte Faust Wilhelms wie ein unberechenbares Damoklesschwert an allen europäischen Horizonten rasselte. All das wollen sie nicht, sie wollen etwas ganz anderes, nämlich sie wissen selbst nicht, was sie wollen. ...

Aber, das gilt nur von der großen Mehrzahl der Bürger; dazwischen sind einige, die die feste Absicht haben, mit der schwarz-weiß-roten Flagge bewusst und aufdringlich der deutschen Republik und dem ganzen zu zeigen, dass Ihre jetzige Einstellung noch die vorkriegersche ist, dass ihr Horizont Amerongen (Holländisches Schloss in dem Wilhelm II. 1918 abgedankt hat, MB) schneidet, dass Offizierskasinos ihnen nach wie vor als einzige Kulturstädten erscheinen, und dass sie brünstig die Zeit herbeisehnen, wo wieder steifer Paradeschritt in Europas Frieden schmettert.... Vorgestern hatte die Lübecker Arbeiterschaft in einer gewaltigen Kundgebung gegen alle monarchistische Provokation demonstriert; hatte

²⁰ <https://gedenkort-leber.de/annedore-julius-leber/julius-leber/julius-leber-in-der-weimarer-republik/julius-leber-in-der-reichswehr/>

unzweideutig ihrem entschlossenen Willen Ausdruck gegeben, antinationalistischen Rummel, Flaggenparaden und dergleichen keinesfalls mehr zu dulden. Und am Tage darauf, gestern, als ob nicht das geringste vorgefallen wäre, hängt das Bürgertum eine Kaiserflagge neben die andere. Entweder stellt man sich dumm, oder man versteht die Sprache der Arbeiter tatsächlich nicht mehr. Wir glauben, dass nur wenige der gedankenlosen schwarz-weiß-roten Flaggenbesitzer eine Ahnung davon hatten, wie gefährlich über Lübeck und der Nordischen Woche Verhängnis schwebte; wie nah die Katastrophe war.

*Nur mit Mühe war die erregte Belegschaft der großen Werke davon abzuhalten, nach dem Innern der Stadt zu ziehen und gegen die Farben, die sie so sehr hassen, erneut zu demonstrieren.²¹ Und was dann? Wenn, das sei zum Schluss gesagt, auch das letzte Glied der Verständigungsmöglichkeit zwischen Arbeitern und Bürgern mehr und mehr schwindet, so ist das die Schuld, das ungeheure Verhängnis bürgerlicher Einseitigkeit und geistiger Unbeweglichkeit. Die Folge des merkwürdigen Marsches mit zurückgewandtem Gesichte, den die bürgerliche Gesellschaft jetzt so sehr liebt. Wenn es auch keine *w i r t s c h a f t l i c h e* Verständigung zwischen Kapital und Proletariat geben kann, so hat die Arbeiterschaft doch oft genug die Hand geboten zu einer politischen Zusammenarbeit mit *a l l e n v e r s t ä n d i g e n K r e i s e n* des Bürgertums, allerdings nur auf der Grundlage völliger Gleichheit und Demokratie.*

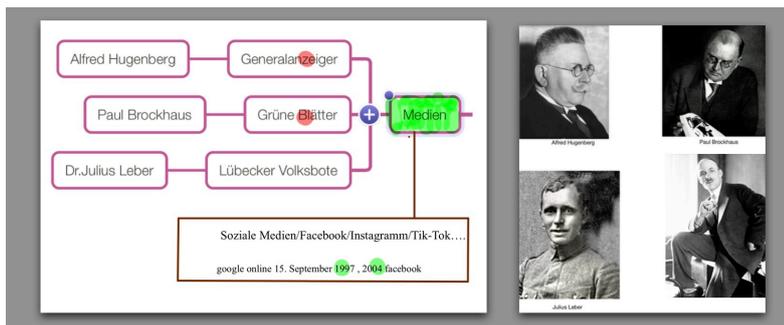
*Das Bürgertum hat total versagt, es ist mehr und mehr nach rechts abgeschwenkt. Die Kreise derer, die dem Arbeiter auch sein Recht gönnten, sind kleiner und kleiner geworden. Und jetzt ist die Lage so, dass man, ohne erheblich der Tatsache Zwang anzutun, von einer **Zweiteilung des Volkes in Arbeiterschaft und Bürger** **t u m sprechen kann**. Möchte das Bürgertum doch einsehen, dass es auf verlorenem Posten kämpft,, dass die geschichtliche Entwicklung ihm unrecht geben muss!“²²*

Das war die Lage im September 1921. Wir werden sehen, die Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft änderte sich schnell. Im Reich und in Lübeck. In Kürze wird keine Rede mehr sein vom drohenden Arbeiterkampf. Den bürgerlichen Kräften gelang im Nu die Wiederherstellung der alten Dynastie des Lübecker Patriziats, die im Zuge der Revolution nur scheinbar beseitigt worden war. Hier sammelte sich die Gegenrevolution um Senator Johann Neumann.

21 Am 26. August 1921, also wenige Tage zuvor, war Matthias Erzberger in Bad Griesbach von der Organisation Consul erschossen worden. Reichsweite Großdemonstrationen stellten sich gegen die Feinde der Republik, auch in Lübeck. Dazu die Geschichte des Prozesses und des Bad Schwartauer Bürgermeisters Neese: <https://www.spd-bad-schwartau.de/2021/08/21/der-mord-an-matthias-erzberger-und-was-er-mit-bad-schwartau-zu-tun-hat/>

22 Julius Leber., Lübecker Volksbote, 2.9.1921, S.1

14 Medienherrschaft analog



Diese „Nordische Woche“ war es, über deren Eröffnung Julius Leber im Lübecker Volksboten schrieb. Lebers Lübecker Volksbote mit dem Untertitel „Organ der werktätigen Bevölkerung“ hatte eine Auflage von 14.000. Er wurde vom Bürgertum als Amtsblatt zwar wahrgenommen. Aber die Botschaften wurden nicht

gehört. Julius Leber holte sich, als er 1924 Reichstagsabgeordneter wurde, in die Redaktion des Volksboten zur Unterstützung seinen Berliner Freund Dr. Fritz Solmitz.

Der Generalanzeiger dagegen hatte eine Auflage von 44.000. Er kam mit seinem Herausgeber Coleman früh in die Hände Hugenbergs, des Medienmonopolisten, der die Weimarer Zeit in den Nationalsozialismus führte. Hugenberg trommelte schon als 21-jähriger für die nationale Sache und später für die rassistische großdeutsche Weltmacht. Der ausgezeichnete Organisator brachte es als Industrieller bis an die Spitze des Krupp'schen Direktoriums und baute nebenher ein beispielloses Medienimperium auf.

Und noch ein anderes Schwergewicht gab es auf der Seite der öffentlichen Meinung. Die Gemeinnützige engagierte Paul Brockhaus als Schriftleiter der Lübeckischen Blätter. Brockhaus (1879-1965) war 1911 als Oberlehrer an die Oberrealschule am Dom gekommen. Brockhaus Vorstellungen deckten sich mit Bürgermeister Neumanns Ideologie. Von 1923 bis immerhin 1951 blieb Brockhaus Schriftleiter der „Lübeckischen Blätter“. Diese Mitgliederzeitung der Gemeinnützigen war damals für die Meinungsbildung des Bürgertums in der Stadt nicht zu überschätzen.²³ Von 1919-1965 war Brockhaus auch Gründer und Herausgeber der Publikation „Der Wagen“.²⁴ Brockhaus verkörperte - wie das Manfred Eickhölter 2014 sagt - ganz im Sinne Neumanns - „wie kein zweiter Kulturschaffender Lübeckers den Typus eines Deutsch-nationalen Bildungsbürgers, Antidemokrat von Herzen, Wegbereiter und treuer Anhänger einer nationalsozialistischen Erneuerung schon vor 1933.“²⁵

Er war Aktivist der „Niederdeutschen Bewegung“ und führendes Mitglied deren „Fehrs-Gilde“.²⁶ Spätestens in den 20er Jahren vertrat diese Gilde rassistische Positionen bis hin zu offenem Antisemitismus. Brockhaus hatte schon früh den annexionistischen Gedanken eines „niederdeutschen Kulturraumes von Flandern bis zum Baltikum“ auch in die „Nordische Gesellschaft“ in Lübeck eingebracht. Als Teil der völkischen Bewegung trat die Gilde offen für den Anschluss aller „niederdeutschen“ Länder an das Deutsche Reich ein.²⁷ Sie vertrat sozialdarwinistische und rassistisch-

²³ Eickhölter, Höllenfahrt und Zwangsbekehrung, Lübeckische Blätter 2014, S.247

²⁴ https://de.m.wikipedia.org/wiki/Der_Wagen, 16.4.2021

²⁵ Eickhölter, a.a.O.

²⁶ <https://de.m.wikipedia.org/wiki/Fehrs-Gilde>, abgerufen 12.4.2021

²⁷ Vgl. dazu Fritz Stern, a.a.O., S. 231

arische Ziele.²⁸ Brockhaus war als Mitglied des „Ehrenrates“ führendes Mitglied dieser Gilde.²⁹ Was die innere Einstellung anging, lag er -wie gesagt- mit dem früheren Direktor der Gemeinnützigen, Bürgermeister Neumann, auf einer Linie.

15 Die 17 Sprossen der Karriereleiter des Senatspräsidenten Dr. Johann Neumann



Über sieben Jahre 1921 bis 1928 waren Julius Leber und Johann Neumann die Gegenpole in der Lübecker Politik und der öffentlichen Meinung. Am 1. Januar 1921 wurde Johann Neumann Regierender Bürgermeister in Lübeck. Er hatte nicht nur in der Stadt, sondern reichsweit eine hervorgehobene Position. Er war der erste völkische Regierungschef eines Bundesstaates und gehörte mit folgenden 17 Merkmalen zum Führungskader des Alldeutschen Verbandes (AV) und der Völkischen in der Weimarer Republik:

1. Mitglied der Hauptleitung und des Gesamtvorstandes des AV.
2. Vorsitzender des Ortsverbandes Lübeck des AV.
3. 1912 Schriftführer des von Possehl in Berlin gegründeten Wehrvereins in Lübeck.
4. Er unterstützte den „Wirtschaftlichen Generalstab“ (1914) im Sinne Possehls, eine weitsichtige Vorwegnahme des „Militärisch-Industriellen-Komplexes“ im Sinne Dwight D. Eisenhowers Abschiedsrede von 1961.
5. 1914 beschloss Neumann als Vorstandsmitglied die annexionistischen und rassistischen Kriegszielsvorlage des AV-Vorsitzenden Justizrat Claß.
6. 1914 ff. organisierte er mit Justizrat Claß die reichsweite Zusammenführung der Wirtschaftsverbände im Deutschen Kaiserreich zur Unterstützung der Kriegszielpolitik des AV, im Sinne des „Wirtschaftlichen Generalstabes“ des AV-Gründungsmitgliedes Emil Possehl.
7. Er war Vorsitzender des Verwaltungsrates des Scherl-Verlages, ideologischer Kern im völkischen Medienimperium von Hugenberg, samt Gründung einer Niederlassung der Allgemeinen Anzeigen GmbH Hugenbergs in Lübeck.
8. 1916 spendete er 50.000 Mark für den Erwerb der rassistischen „Deutschen Zeitung“, dem Propagandaorgan des ADV, zusammen mit Senator Possehl, der ebenfalls 50.000 Mark einbrachte.
9. Er war Organisator des völkischen „Deutschen Abends“ in Lübeck, einer Querschnittsorganisation der Völkischen Vereine und Verbände in den AV-Gauen, mit starkem Einfluss auf die Politik der ev.-lutherischen Kirche.
10. 1917 benannte ihn der AV-Vorsitzende Claß bei einem Besuch im Hauptquartier gegenüber General Ludendorff für ein „Kabinett in Feldgrau“, eine Vorbereitungshandlung zum Putsch.

²⁸ Birte Arendt, Niederdeutschdiskurse. Spracheinstellungen im Kontext von Laien, Printmedien und Politik, Berlin 2012, 100

²⁹ Paul Brockhaus, https://de.m.wikipedia.org/wiki/Paul_Brockhaus, abgerufen 16.10.2019

11. 1917-1918 war er „Zivilgouverneur“ in Riga, einer gegen den Frieden von Brest-Litowsk gerichteten Annexionsregierung im vom Deutschen Reich besetzten Lettland zur Vorbereitung einer dauerhaften deutsch-völkischen Siedlungspolitik.
12. Am 1. Januar 1921 wurde er der erste völkische Regierende Bürgermeister eines Bundesstaates der Weimarer Republik.
13. 1924 ehrte er durch seine Anwesenheit bei einer Gedenkfeier im Lübecker Dom Albert Leo Schlageter. Schlageter war das Symbol der Republikfeinde für den völkischen Widerstand gegen die Republik. Schlageter war Soldat im Ersten Weltkrieg und Angehöriger verschiedener Freikorps. Schlageter war Mitglied der NSDAP-Tarnorganisation Großdeutsche Arbeiterpartei. Er wurde wegen Spionage und mehrerer Sprengstoffanschläge im besetzten Ruhrgebiet von einem französischen Militärgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet. Das öffentliche Auftreten Neumanns für Schlageter war ein deutlicher Kotau des Bürgermeisters vor den Feinden der Republik und ein Affront des Senatspräsidenten gegen seine SPD-Kollegen im Senat und den Mehrheitsfraktionen in der Bürgerschaft. Sein Stellvertreter und AV-Mitglied, Senator Dr. Vermehren, war ebenfalls zugegen. Die Bürgerschaft hatte zuvor die Errichtung eines Denkmals abgelehnt. Ein Findling wurde stattdessen von den Völkischen im Garten des Hindenburghauses (Abgerissen für Bau des Landgerichtes) als Denkmal zelebriert.
14. Im Mai 1926, beim 4. Putschversuch der Alldeutschen, wurde er als Diktator benannt.
15. Ebenfalls 1926 verfälschte er das historische Lübeck-Bild. Er drehte es im Sinne seiner alldeutschen Ideologie um. Aus Anlass der 700-Jahrfeier der Reichsfreiheit erfindet er Lübeck neu. Die Freiheitsurkunde sei, so behauptet er, mir nichts, dir nichts von Friedrich II. wegen des heldenhaften Befreiungskampfes der Deutschen gegen die dänische Besetzung Lübecks verliehen worden. Die reichsfreie Stadt sieht der Alldeutsche als das völkische Symbol für eine zukünftig erfolgreiche Weltmacht-Politik des Deutschen Reiches, auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Der geeinte germanische Widerstand der Stadt Heinrichs des Löwen habe damals die Reichsfeinde besiegt. In diesem Sinne organisierte er auch 1925/26 die Ausrichtung der Reichsfreiheitsfeier. Das alles war Bullshit. Denn weder war Heinrich der Löwe der erste Gründer Lübecks, noch war Anlass der Verleihung des Freiheitsbriefes durch den Kaiser der Sieg über die Dänen. Der erste Gründer der Stadt hieß Adolf von Schauenburg, der auch im Rathaus, in der Ausschmückung mit den Wandgemälden des Berliner Malers Max Koch von 1892-94 unterschlagen wird. Die siegreiche Schlacht von Bornhöved gegen die Dänen schließlich fand 1227 statt, also ein Jahr nach der Verleihung der Urkunde durch den Kaiser im Jahre 1226. Für Neumann war Lübeck fälschlicherweise „civitas imperii“, der Brückenkopf zur Ostkolonisation. Diese Ostkolonisation sei im Interesse, aber ohne Zutun des Reiches, seinerzeit von den „weit blickenden Kaufmannsgeschlechtern“ der Hansestadt betrieben worden.

„So spiegelt sich in Lübeck deutscher Unternehmergeist, deutsches Wissen, deutsches Können und deutscher Lebenswille während des ganzen Mittelalters wider!“

16. Im Herbst 1926, also unmittelbar nach seinem Sturz, veranlasste er die Parteigründung des völkischen Hanseatischen Volksbundes. Er blieb aber parteilos.
17. 1933 benannte die NSDAP zu seinen Ehren die ihnen verhasste Rathenaustraße am Stadtpark in Bürgermeister-Neumann-Straße um, nach ihrem 1928 verstorbenen Beschützer. Die Umbenennung wurde 1947 revidiert.

16 Julius Lebers Lagebericht 1924

Neumanns Gegenpol Leber war unterdessen längst zur Zielscheibe der völkischen Kräfte im Freistaat geworden. Die NSDAP nannte ihn später den „Diktator Lübecks“. Julius Leber fasste seine Sicht der Dinge im Volksboten am 9. August 1924, als Aufruf für den Nationalfeiertag unter dem Titel „Fünf Jahre Republik“ wie folgt zusammen:



„...Wir hatten die Macht. Wir hatten hinter uns diese endlos vorbeiziehende Menschenmacht, wir hatten hinter uns die Riesenkraft der Gewerkschaften. Und doch, was ist aus der deutschen Republik geworden? Was ist uns davon noch geblieben? Weshalb ist alles so verflogen und verweht? Weshalb müssen wir uns heute so bemühen, das Letzte noch zu retten? Die Form der Republik und die Farben der Republik? Keine Rede mehr ist vom Geist der Republik!

Diese Frage muss gestellt werden. Sollen wir nicht in eigener Gleichgültigkeit immer tiefer von unseren Zielen abgetrieben werden. Und sie muss b e a n t w o r t e t werden, sollen wir nicht achtlos und unbelehrbar vorbeigehen an den drohenden Zeichen der Vergangenheit und der Gegenwart.

Morgen und übermorgen werden in den Massendemonstrationen Genossen sprechen, die diese Fragen beantworten können und beantworten müssen. Der Genosse L ö w i g t war beim Aufbau des republikanischen Staatswesens in Lübeck dabei, der Genosse S t e l l i n g stand jahrelang an der Spitze der Republik Mecklenburg.

Sie mögen dem Volk, der Arbeiterschaft sagen, wo die Fehler für ihre Misserfolge liegen. Rücksichtslos aufdecken sollen Sie, wo das Volk gefehlt hat. Aber auch nicht verschweigen das, was die Führung verfehlt hat.

Nur eines kann uns weiterhelfen: dem Geschick kalt ins Gesicht schauen...“

17 War die Lübecker Republik rot oder schwarz?

Mandatsverteilung in der Bürgerschaft									
	KPD	SPD	DDP	Z	DNVP	Bürger	DR	NSDAP	Insgesamt
09.02.1919	-	42	29	-	6	-	3	-	80
13.11.1921	6	39	29	-	-	6	0	-	80
10.02.1924	10	28	7	-	-	8	21	6	80
14.11.1926	5	35	2	1	-	1	36	-	80
10.11.1929	7	34	2	1	-	1	29	6	80
13.11.1932	9	29	1	1	4	4	5	27	80
31.03.1933	0	0	0	0	3	-	1	22	26

-Bürger: 1921 Bürgerbund; 1924 GE; 1926 VRP; 1929 LHuG
 -DR: 1919 "der DNVP nahe stehende Landbewohner"; 1924 WiG; 1926-1932 Hanseatischer Volksbund

Einer der Gründe für das frühe Verschärfen des Präfaschismus in Lübeck war - wie bereits erwähnt - der Umstand, dass nach der Revolution in Lübeck kein Regierungswechsel stattfand. Und, dass die alte vorrevolutionäre völkische Ideologie Fehlings von Neumann auch für die nachrevolutionäre Zeit übernommen und radikalisiert wurde. Ferner hatte Fehling in der neuen Lübecker Verfassung von 1920 alle demokratischen Zugriffe auf die patrizische Regierung der Stadtrepublik erfolgreich abgewehrt. Dazu gehörte neben dem Fortbestand der alten Regierung auch der Schutz vor einem Vertrauensverlust des Senats in einer neuen Bürgerschaft. Tragisch ist schließlich: Offenbar hat keiner der damaligen SPD-Genoss:innen diese Blockade der Demokratie bei Abfassung der Verfassung erkannt. Dort wäre zwar für die Änderung der alten Verfassung eine 2/3 Mehrheit erforderlich gewesen. Von 1919 bis 1921 hatte die SPD die absolute Mehrheit im Parlament. Sie hätte also leicht die aus demokratischer Sicht verhängnisvolle und rückwärtsgewandte Staatsstruktur blockieren können.

Leber hat, als er mit der Novemberwahl 1921 Mitglied der Bürgerschaft wurde, diesen Irrtum der Genoss:innen aus 1919/20 sofort erkannt. Das war aber vergossene Milch. Denn für eine nachträgliche Änderung der Verfassung war jetzt ebenfalls eine 2/3 Mehrheit erforderlich. Daran war aber nicht zu denken. Wer eine Verfassungsänderung wollte, musste sich jetzt also auf einen Kompromiss einlassen.

Den von der SPD 1923 gut gemeinten Antrag auf Änderung der Landesverfassung nutzte Neumann also geschickt zur Abschaffung der letzten Barriere in der patrizischen Verfassung gegen die Diktatur. Das war sein Preis für die Zustimmung. Er setzte eine Vorschrift im Paket durch, die die Wahlzeit des Senatspräsidenten von bisher zwei mal zwei Jahren auf unbegrenzte Zeit verlängerte. Den Sozialdemokraten war die Herabsetzung des Quorums für die Vertrauensfrage wichtiger als die Frage nach einer möglichen Diktatur. Die Bürgerschaft stimmte der Verfassungsänderung zu.

Leber hatte sich allerdings in der Einschätzung der Gegenwehr verschätzt, die der mit der Verfassungsänderung im zweiten Schritt beabsichtigte Angriff auf den gesamten Senat in der Bevölkerung auslösen würde. Das war die Vertrauensfrage. Das auf Antrag der SPD 1923 eingebrachte Misstrauensvotum gegen den Senat, mit der Absicht, den Senat nach dessen Rücktritt entsprechend der Mehrheitsverhältnisse in der Bürgerschaft umzubilden, war dank der von der SPD durchgesetzten einfachen Mehrheit in der Bürgerschaft zwar erfolgreich.

Die vom Senat unter Bürgermeister Neumann daraufhin beschlossene Volksabstimmung hingegen brachte am 6. Januar 1924 eine krachende Niederlage für die SPD, von der sie sich nicht erholte. Die Strategie der SPD war gescheitert. Die Völkischen jubelten. Leber war fassungslos. Die SPD hatte die wiederhergestellte Hegemonie der Bürgerlichen und ihrer Regierung in der Lübecker Bevölkerung total unterschätzt. Bei der einen Monat später folgenden Bürgerschaftswahl vom 10. Februar 1924 verlor die SPD in der Bürgerschaft 11 Mandate. Die Zusammensetzung des Senats blieb erhalten. Dieses Ergebnis hätte ein Alarmzeichen sein müssen für die nach rechts gekippte Stimmung in der Stadt. Ab Februar 1924 bis November 1926, also für fast zwei Jahre, wechselte die Mehrheit. Die

Bürgerlichen erlangten 42 Mandate. Danach hielten sich bis November 1929 SPD und KPD einerseits und Bürgerliche andererseits die Waage. Erst von November 1929 bis November 1932 erlangten SPD/KPD wieder die absolute Mehrheit. Von Geschlossenheit in Strategie und Taktik dieser feindlichen Brüder war bekanntlich keine Rede.

Lübeck hatte also zu keinem Zeitpunkt von 1919 bis 1933 eine rote Regierung. Das galt für das Kabinett Neumann von 1921 bis 1926 und blieb auch so für das Kabinett Löwigt von 1926 bis 1933.³⁰

Neumann Senat 1921 - 1926	Löwigt Senat 1926-1933
Neumann (bis 3.6.1926), AV-Mitglied	SPD Löwigt
Vermehren, AV-Mitglied	SPD Henze
DVP Heinsohn (seit 4.1925)	SPD Mehrlein
Friedrich (bis 4.1925)	SPD Haut (seit 13.12.1928)
Kalkbrenner, AV-Mitglied	SPD Hoff (bis 20.1.1928)
DDP Dimpker (bis 10.1923), AV-Mitglied	
Strack	Vermehren (bis 5.2.1928), AV-Mitglied
Heinrich Evers (bis 5.1926), AV-Mitglied	Kalkbrenner, AV-Mitglied
Kulenkamp	Dr.Geister
Stoß (bis 4.1925)	DVP Hans Evers (seit 21.11.1929)
SPD Bromme	Heinsohn
SPD Hoff	DDP Eckholt
SPD Löwigt	Strack
SPD Henze	
SPD Mehrlein	
SPD Friedrich (bis 4. 1925)	
SPD Dreger (seit 4.1925)	

Das Märchen vom Roten Lübeck war also immer ein Märchen und nie Realität.

18 Vom Lübecker Putschversuch zum Jahrhundertskandal und seinem schnellen Vergessen



³⁰ Sinner, Karl-Ernst, Tradition und Fortschritt Senat und Bürgermeister der Hansestadt Lübeck 1918 - 2007, Lübeck 2008

Entscheidend für die Gegnerschaft Leber - Neumann war das Jahr 1926. Vom 3. bis 6 Juni 1926 fand die bereits genannte Reichsfreiheitsfeier statt. Die Feier war durch Bürgermeister Neumann und von einem Komitee in der Gemeinnützigen Gesellschaft unter Mithilfe von Paul Brockhaus, dem Historiker Dr. Fritz Endres, dem frühen NSDAP Mitglied ab 1933, und anderen als Haupt- und Staatsaktion organisiert worden. Mit Schulfrei, malau'schem Festumzug³¹ und Tschingderassabum. An der Vorbereitung waren SPD und KPD nicht beteiligt.

Von Mitte Mai bis Anfang Juni 1926 wurde die politische Öffentlichkeit in Lübeck mit der Offenlegung von Plänen für einen Staatsstreich ihres Regierungschefs in Atem gehalten. Am 12. Mai 1926 titelte der Lübecker Volksbote auf der ersten Seite:

„Ein ungeheures Verbrechen aufgedeckt! Rechtsputsch geplant - Bürgermeister Dr. Neumann zum Diktator vorgesehen!“

Am Morgen des 3. Juni 1926, zu Beginn der Reichsfreiheitsfeier, musste Neumann nach Bestätigung des Misstrauensvotums zurücktreten. Paul Löwig - SPD - wurde Bürgermeister.

Im Parlament wurden heftige Redeschlachten geführt! Die bürgerliche Öffentlichkeit war überzeugt, dass hier eine Attacke aus rein parteipolitischen und höchstpersönlichen Gründen geführt werde. Der hochgeachtete und verehrte Senatspräsident gegen den Radaumacher Dr. Leber. Das freistädtische Bürgertum gegen den Sozialismus. Ein Mann von Familie gegen den hergelaufenen Elsässer von ungewisser Herkunft. Die Vorwürfe seien - so vermittelte den Skandal die bürgerliche Presse - anscheinend aus der Luft gegriffen und durch nichts belegt.

Die anderslautende Wirklichkeit, die konkrete Gefahr einer nicht ausgeschlossenen bevorstehenden Machtübernahme im Reich durch den bürgerlich-völkischen Regierungschef Neumann und die ihn stützenden völkischen Kreise, wollte man nicht wahrhaben. Das hielten offenbar auch politisch hochsensible Beobachter wie Thomas Mann, Ida Boy-Ed, der früher in Lübeck tätige Dirigent Hermann Abendroth, die gemeinsam den 51 Geburtstag Manns am 6. Juni 1926 bei Ida Boy-Ed in deren Wohnung feierten, für ausgeschlossen.

Gustav Radbruch, der als Justizminister für das Republikenschutzgesetz zuständig gewesen war, verliert in seinen Biographischen Schriften darüber kein Wort. Er war zu den Feierlichkeiten in seiner Heimatstadt. Auch der Lübecker Arnold Brecht, der zuletzt Ministerialdirektor und als „hauptamtliches stellvertretendes Mitglied“ Stimmführer der Stimmen des Preußischen Staatsministeriums im Reichsrat war, bemerkt in seinen Erinnerungen nichts. Die Wahrnehmungsfiler waren für die Vorgänge in der Stadtrepublik verstellt.

Ida Boy-Ed, die berühmte Verlegerstochter in der Ehrenwohnung des Senats im Burgtor, brachte die Wahrnehmung des Lübecker Bürgertums auf den Punkt. Anlässlich des Festvortrages ihres Freundes, Thomas Mann, im Stadttheater am 5. Juni 1926 „Lübeck als Geistesform“, wie sie die Rede nannte, sagte sie Folgendes:

31 <https://youtu.be/HgiKofxvgSY>

„... Vor allem war er (der Vortrag, MB) von historischem Gewicht durch den sehr merkwürdigen Augenblick, wo diese Bekenntnisse zum freistädtischen Bürgertum gesprochen wurden, während der Boden von den Bemühungen bebte, die eben dies Bürgertum stürzen möchten.“

19 Senatspräsident Dr. Neumann - die Spinne im völkischen Netzwerk



Auch nach dem Rücktritt Neumanns ließ Leber nicht nach. Er veröffentlichte im Lübecker Volksboten - zu aller Überraschung -, dass der Exbürgermeister in seiner Lübecker Dienstzeit zugleich Vorsitzender des Verwaltungsausschusses der Scherl-Verlags-GmbH in Berlin gewesen war. Das schlug ein wie eine Bombe.

Der Scherl-Verlag-GmbH war das Herzstück des Hugenberg-Konzerns. Neumann steuerte also an entscheidender Stelle die Ideologie des völkischen Medienmonopols. Im Lübecker Volksboten vom 8.6.1926

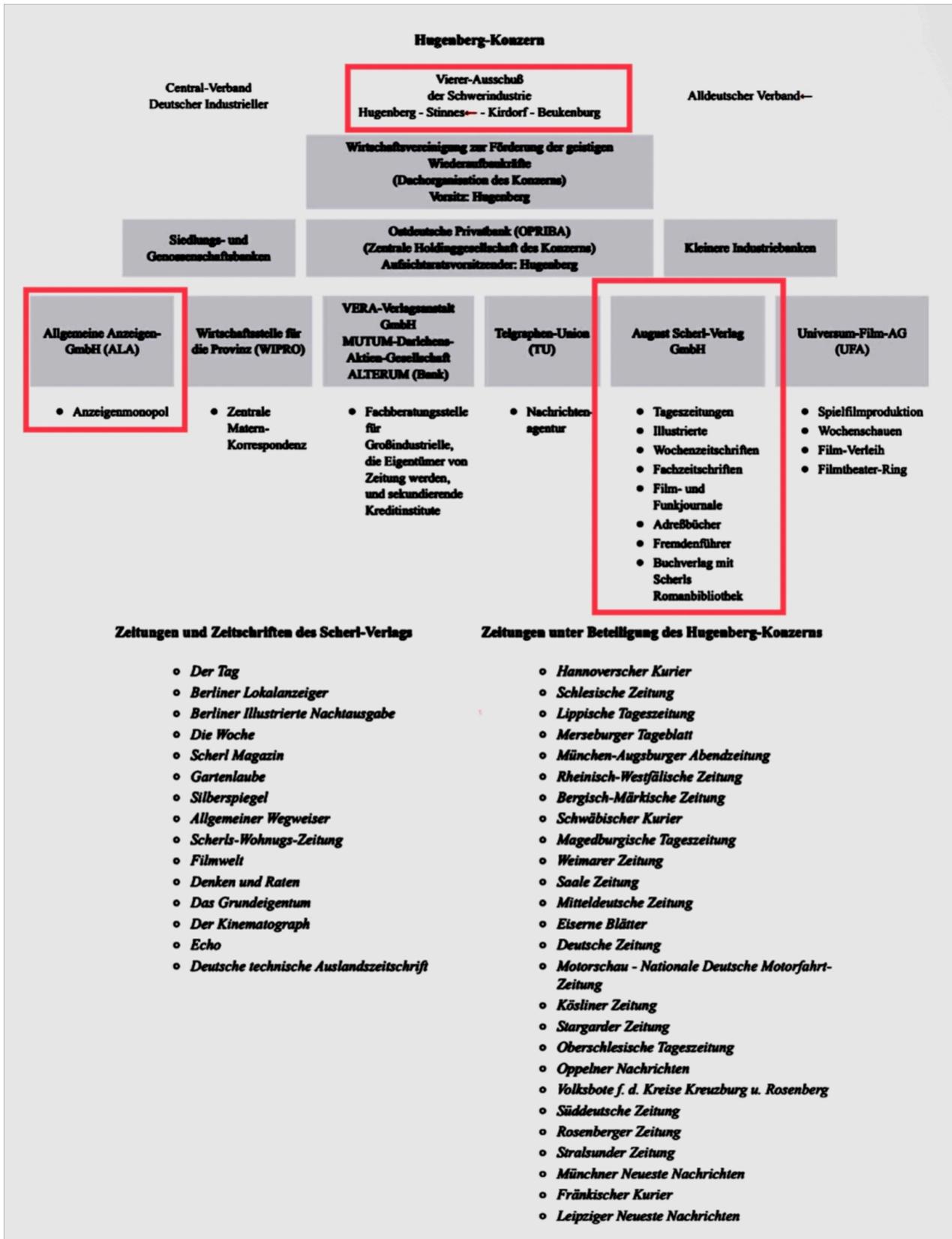
schreibt Leber:

„... Und doch war er (Hugenberg, MB) der eigentliche unsichtbare Herrscher dieser Stadt, die er selbst vielleicht nie gesehen. Den S t a a t hatte er in der Hand durch sein Oberhaupt, die Presse durch die größte Inseratenplantage. Sein Wille war maßgebend, beschränkt nur durch den leidenschaftlichen Widerstand der darob täglich beschimpften und begeisterten S o z i a l d e m o k r a t i e.“

Julius Leber erkannte also 1926 diesen Zusammenhang von hugenberg'schem Anzeigenmonopol und der völkischen Einflussnahme auf den bürgerlichen „Generalanzeiger“.

Dem Ansehen des gestürzten Bürgermeisters hat dieser Jahrhundertskandal nicht geschadet. Umgekehrt wird ein Schuh draus. Das Bürgertum blies zur Gegenwehr. Der Exbürgermeister gründete nach dem erzwungenen Rücktritt eine neue Partei, den Hanseatischen Volksbund. Aus dem Stand überflügelte diese völkische Sammlungsbewegung in fünf Monaten nach dem Sturz Neumanns die Sozialdemokraten. Bei der Wahl am 14. November 1926 errang der Hanseatische Volksbund 36, die SPD landete bei 35 Mandaten.

Dr. Neumann starb zum großen Kummer des Bürgertums am 7. April 1928. Der Hanseatische Volksbund hielt noch bis 1929 durch. Bei der Wahl am 13.11.1932 ging er in der NSDAP auf.



20 Am Anfang waren's vier - die faschistische Übernahme



Am 6. März 1933 übernahm die NSDAP die Regierung Lübecks.³²

Zwar brachten die Landtagswahlen im November 1932 in Lübeck keine absolute Mehrheit für die NSDAP, die Entscheidung fiel aber in Berlin am 31. März 1933 (Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich) und 7. April 1933 (Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich).

Am 11. März, keine 6 Wochen nach der Übertragung der politischen Verantwortung an Adolf Hitler, setzte Reichsinnenminister Frick auf Grundlage der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 den Syndikus der Lübecker Gewerbekammer, Dr. Friedrich Völtzer, als Reichskommissar für die Hansestadt ein.

In Lübeck und in den anderen beiden Hansestädten setzte sofort eine barbarische Hetzjagd auf Andersdenkende ein, die von langer Hand vorbereitet und von der politischen Polizei durchgesetzt worden ist.³³ Der spätere Bundeskanzler Willy Brandt floh noch rechtzeitig als 19-jähriger in der Nacht vom 2. auf den 3. April mit einem Fischkutter von Travemünde nach Dänemark.

³² Der NSDAP Kreis Lübeck. Werden und Wachsen (Die Kampfjahre), Lübeck o. Jahr; Max Knie -15 Jahre Lübecker Zeitgeschichte, Lübeck 1933

³³ Roth, Karl Heinz, Das Großbürgertum der freien Hansestädte und der Faschismus, in: Arno Klönne/Karl A.Otto/Karl Heinz Roth (Hg.),Fluchtpunkte.Das soziale Gewissen der Arbeiterbewegung, Hamburg 2003

Die Wahrnehmungsfilter der Lübeckischen Gesellschaft



21 Sie haben „Nein“ gesagt

Viele Lübecker:innen haben widerstanden. Für sie stehen Willy Brandt, Arnold Brecht, Edmund Fülcher, Erich Klann, Erika Klann, Minna Klann, Hermann Lange, Julius Leber, Heinrich Mann, Gertrud Meyer, Erich Mühsam, Eduard Müller, Werner Puchmüller, Johannes Prassek, Gustav Radbruch, Karl Friedrich Stellbrink, Fritz Solmitz. Auch deren Bild prägte zu Recht die Zwischenkriegszeit.³⁴

³⁴ http://www.jugend-ins-museum.de/files/widerstand-und-verfolgung/Arbeitsblatt_2.3.pdf

Literatur

- Michael Bouteiller, Lübecker Lügengeschichten, Lübeck 2021, <https://michaelbouteller.files.wordpress.com/2022/06/luegengeschichten-220531-2.pdf>
- Michael Bouteiller, Das qualvolle Ende Weimars in Lübeck 1921-1933, Lübeck 2022, <https://michaelbouteller.files.wordpress.com/2022/06/der-weg-in-den-faschismus-220603.pdf>
- Buss, Hansjörg, „Entjudete“ Kirche: Die Lübecker Landeskirche zwischen christlichem Antijudaismus und völkischem Antisemitismus (1918-1950), Paderborn 2011
- Dirk Stegmann, „Radikalisierung des Lübecker Bürgertums nach rechts - Alldeutscher Verband und Deutsche Vaterlands-Partei 1912-1918“, https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_24/Demokratische_Geschichte_Band_24_Essay_2_Stegmann.pdf
- Stephan Malinowski, Die Hohenzollern und die Nazis: Geschichte einer Kollaboration, Berlin 2021
- Ernst Piper, Alfred Rosenberg Hitlers Chefideologe, München 2015